

Aargau hat eine Steuerstrategie

Der Grosse Rat beschliesst eine Steuerstrategie. Diskussionen gab es zu Kinderabzügen und einer Erbschaftssteuer.

Eva Berger

Es hat Stunden gedauert, dann war die erste Steuerstrategie des Kantons Aargau durch den Grosse Rat beschlossen. Das Geschäft nahm den grössten Teil der Parlamentsitzung vom Dienstag in Anspruch – das war so gewollt, der Grosse Rat solle sich intensiv mit dem Steuerwesen und dessen Zukunft im Aargau auseinandersetzen, sagte im Vorfeld Finanzdirektor Markus Dieth.

Die Steuerstrategie 2022–2030, wie sie der Regierungsrat im letzten August vorgelegt hat, umfasst vier Handlungsfelder mit insgesamt 20 Leitsätzen. Ziel sei die Stärkung des Aargaus als Wohn- und Wirtschaftskanton, so die Regierung. Jeden dieser Leitsätze hat der Grosse Rat am Dienstag besprochen, manche ergänzt, bei manchen etwas gestrichen. Eine direkte Wirkung hat der Beschluss indes nicht. Wie etwa die Energiestrategie, die Mobilitätsstrategie oder die gesundheitspolitische Gesamtplanung gibt das Papier aber die Richtung für die nächsten Jahre vor und dient als Grundlage für Gesetzesvorlagen.

Debatte über ertragsneutrale Umsetzung

Auch in der Kommission Volkswirtschaft und Abgaben (VWA) gab die Steuerstrategie viel zu reden. Insgesamt 12,5 Stunden habe man dafür aufgewendet, sagte zu Beginn der Debatte Kommissionspräsidentin Maya Bally (Mitte). So sei eine ganze Sitzung allein dem Leitsatz 1 gewidmet gewesen, der eine ertragsneutrale Umsetzung der Steuerstrategie verlangt – hier gehen die Meinungen klar auseinander. Weiter habe man sich an Anglizismen in der Vorlage gestört und möchte diese, wo immer möglich, durch deutsche Ausdrücke ersetzen. Und schliesslich habe es von einer Minderheit auch einen Rück-



Der Aargauer Grosse Rat hat sich am Dienstag vor allem mit seiner Steuerstrategie befasst.

Bild: Andrea Zahler

weisungsantrag gegeben. Über diesen stimmte der Grosse Rat in der Detailberatung ab.

Die SP, die Grünen und die EVP kündeten gleich zu Beginn an, dass sie das Geschäft zurückweisen werden und dabei bleiben sie auch. Urs Plüss (EVP) eröffnete die Eintretensdebatte. Zwar unterstütze seine Fraktion die Bemühungen, den Kanton zu stärken, «aber tun wir das mit dieser Steuerstrategie wirklich?». Jedes Departement habe Herausforderungen, vom Lehrpersonenmangel über die Baustellen im Gesundheitswesen. Es gebe also drängendere Probleme.

Grüne: Strategie torpediert die Entwicklung

Ganz und gar nicht nachvollziehbar sei, wie denn die Steuerstrategie ertragsneutral umgesetzt werden könne, sag-

te Robert Obrist, der Fraktionspräsident der Grünen. Die Strategie torpediere die nachhaltige Entwicklung des Kantons, denn dieser entwickle sich nicht ertragsneutral, dafür brauche es Investitionen.

Eigentlich gar nichts Gutes an der Steuerstrategie machte die SP aus. Diese Auslegeordnung komme viel zu spät, sagte Arsène Perroud für die Fraktion. Eine solche Strategie hätte man vor der letzten Steuergesetzesrevision gebraucht, welche die Gewinnsteuern senkte. Die Umverteilung erfolge im Aargau von unten nach oben, die Aargauer Steuerpolitik sei nicht für Menschen, sondern für das Kapital gemacht, schlussfolgerte Perroud.

Anders die Mitte. Die Steuerstrategie des Kantons sei bisher von aussen getrieben gewesen, das vorliegende Papier gebe

eine langfristige Perspektive, sagte Hans-Ruedi Hottiger (parteilos) für die Fraktion. Wolle man den Aargau stärken, müsse man unbedingt das Ressourcenpotenzial verbessern.

Dem Umstand, dass Gutverdienende lieber in einen Nachbarkanton ziehen als im Aargau Steuern zu bezahlen, müsse man entgegenwirken, sagte Andy Steinacher für die SVP. Die SVP-Fraktion vermisse allerdings ein Ziel für mehr Effizienz. Eine solche Strategie brauche der Kanton, meinte auch Dominik Gresch für die GLP.

FDP vermisst die Effizienz

Die Idee für eine Steuerstrategie stammt von der FDP. Entsprechend war auch sie entschieden gegen Rückweisen. Proaktives Handeln tue not, sagte Frak-

tionspräsident Silvan Hilfiker. Auch er hätte sich im Bericht eine klare Aussage zur Effizienz im Steuerwesen gewünscht.

Der Rückweisungsantrag wurde abgelehnt, auch die anderen Minderheitsanträge hatten einen schweren Stand. Die Änderungen der Kommission wurden aber mehrheitlich aufgenommen. So wurde, wiederum nach langen Diskussionen ein Zusatz-Leitsatz für eine Erhöhung der Kinderabzüge in der Steuererklärung aufgenommen.

Diskussionsstoff gab auch eine mögliche Erbschaftssteuer. Grüne und SP hätten gerne eine solche eingeführt, allerdings hatte auch dieser Minderheitsantrag keine Chance.

Schliesslich wurde die Steuerstrategie vom Grosse Rat mit 86 zu 39 Stimmen überwiesen – ganz im Sinne des Regierungsrats.

Ratsnachrichten

Baubewilligungen sollen länger gültig sein

Motion Anstatt zwei Jahre sollen Baubewilligungen neu drei Jahre gültig sein. Der Grosse Rat hat eine Motion von Patrick Frei, Daniel Notter und Markus Gabriel (alle SVP) am Dienstag mit 76 zu 54 Stimmen überwiesen. Grüne, SP und FDP stimmten grossmehrheitlich gegen eine Überweisung der Motion. Diese verlangt auch, dass man ein Bauprojekt neu während drei statt zwei Jahren unterbrechen darf. Diese Forderung beurteilt der Regierungsrat kritisch. Er wird deshalb zur Gesetzesänderung zwei Varianten in die Anhörung schicken. (az)

Kinderbetreuungsabzug: Postulat statt Motion

Postulat Der Aargau steht beim Steuerabzug für erwerbstätige Eltern im interkantonalen Vergleich sehr schlecht da. Sabina Freiernuth und Silvan Hilfiker (beide FDP) wollen das ändern. In einer Motion verlangen sie, dass der Regierungsrat dem Grosse Rat mit der nächsten Steuergesetzesrevision die zur Erhöhung der steuerlichen Abzüge von Kinderdrittbetreuungskosten erforderlichen Anträge unterbreite. Der Regierungsrat war bereit, die Motion als weniger verbindliches Postulat entgegenzunehmen. Freiernuth und Hilfiker waren damit einverstanden. Der Grosse Rat hat das Postulat am Dienstag stillschweigend überwiesen. (az)

Letzte Sitzung der ersten Stellvertreterin

Mutterschaft Die GLP-Fraktion hat als erste von der neuen Stellvertreterregelung im Grosse Rat Gebrauch gemacht. Im Januar hat Iva Marelli das Amt von Leandra Kern-Knecht übernommen, die im Mutterschaftsurlaub ist. Weil der Grosse Rat das nächste Mal erst wieder am 25. April tagt, hat Grossratspräsident Lukas Pfisterer Marelli bereits gestern verabschiedet. Von den Ratskolleginnen und -kollegen gab es Applaus. (az)

Wie gefährlich ist die «Junge Tat»?

Nationalrätin Gabriela Suter will Aufklärung nach Aktion in Aarau

Fabian Hägler

Rund zwanzig Mitglieder der rechtsextremen Gruppierung «Junge Tat» versammelten sich am 4. März beim Regierungsbau in Aarau. Sie zündeten rote und blaue Rauchpetarden und hissten auf dem Balkon ein Transparent mit der Aufschrift «Kündigung an die Regierung». Hintergrund war der Fall Windisch, wo Mieterinnen und Mieter die Kündigung erhielten, weil eine Immobilienfirma ein Neubauprojekt plant und der Kanton die Liegenschaft bis zum Baustart als Asylunterkunft nutzen will.

Die Kantonspolizei Aargau löste die Kundgebung rasch auf und kontrollierte die Personalien von mehreren Teilnehmern. Einige von ihnen wurden wegen

Verstössen gegen das Verbot angezeigt, wie ein Polizeisprecher sagte. Mindestens ein Teilnehmer, der aus dem Aargau stammende T. L. (Name der Redaktion bekannt), wurde zudem mit einem Rayonverbot für die Stadt Aarau belegt.

Juso demonstrierte nach Aktion der «Jungen Tat»

Am 6. März fand auf dem Bahnhofplatz in Aarau eine Gegenkundgebung statt, zu der die Jungsozialistinnen und -sozialisten (Juso) Aargau aufgerufen hatten. Mechthild Mus, Co-Präsidentin der Jungen Grünen Aargau, sagte an der Demonstration, die Mitglieder der «Jungen Tat» seien Neonazis: «Statt Glatzen haben sie schicke Frisuren und statt Springerstiefeln Turnschuhe.»

Inzwischen hat die Aktion der rechtsextremen Gruppierung auch die Bundespolitik erreicht: SP-Nationalrätin Gabriela Suter, die selber in Aarau wohnt, will vom Bundesrat wissen, wie gefährlich die «Junge Tat» sei. In einer Interpellation schreibt Suter, der Nachrichtendienst des Bundes habe die Gruppierung 2021 im Bericht zur sicherheitspolitischen Lage erwähnt und als Gruppe «mit erhöhtem Gewaltpotenzial» bezeichnet.

Suter besorgt über Symbol des Nationalsozialismus

Im Bericht von 2022 wurde die Gruppierung nicht mehr erwähnt, dennoch ist Suter besorgt, wie ihr Vorstoss zeigt. Die Mitglieder der «Jungen Tat» zeichneten sich auf Social Media

selbst als «rechte Jungs», forderten «patriotische Bildungsstrukturen» und die «Remigration» von Migrantinnen und Migranten, schreibt die Sozialdemokratin. Und weiter: «Sie empfehlen Schriften der identitären Bewegung, betreiben einen gewissen Körperkult und absolvieren gemeinsame Boxtrainings.»

Als Erkennungszeichen benutzte die Gruppierung, die im Februar eine Wanderung am Hallwilersee unternahm, mit der Tyr-Rune ein Symbol des Nationalsozialismus. «Diese Rune wurde unter anderem bei der Reichsführerschule der Sturmabteilung und als Leistungsabzeichen der Hitlerjugend benutzt», schreibt Gabriela Suter. Sie sei auch Symbol des skandinavischen Neonazi-Netz-

werks «Nordic Resistance Movement».

Wie gross ist das Gewaltpotenzial der Gruppierung?

Die Gruppierung fällt laut der SP-Nationalrätin seit längerem damit auf, «dass sie sorgfältig inszenierte, öffentlichkeitswirksame Aktionen durchführt und mit ihnen politische Propaganda betreibt». Über die sozialen Medien und Kanäle wie Telegram würden professionell gestaltete Videos der Aktionen verbreitet. Diese zielen nach Ansicht von Suter darauf ab, neue Mitglieder für die «Junge Tat» zu rekrutieren.

Vor diesem Hintergrund will die Nationalrätin vom Bundesrat unter anderem wissen, in welcher ideologischen Nähe sich die «Junge Tat» bewege und

ob sie Verbindungen zu älteren Neonazi-Gruppierungen und Schweizer (Jung-)Parteien habe. Suter fragt weiter, wie gross die Gruppierung ungefähr ist und in welchen Kantonen sie aktiv ist. Und sie will wissen, wie stark die «Junge Tat» international vernetzt ist.

Gabriela Suter will auch wissen, wie der Bundesrat das Gewaltpotenzial der Gruppierung einschätzt. Und weiter: Was tut der Nachrichtendienst? Wird die Gruppierung elektronisch überwacht? Daran anschliessend fragt die SP-Nationalrätin, ob der Nachrichtendienst genügend Instrumente habe, um die «Junge Tat» zu überwachen – oder ob es schärfere Massnahmen brauche, um gegen solche Gruppierungen vorzugehen?